



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 8/5/2017, 8:00 UHR

Emmanuel Macron ist Präsident Frankreichs

Was folgt für Europa und die Europäische Union?

von NORBERT F. TOFALL

- Mit der Gründung seiner Bewegung „En Marche“ ist es Emmanuel Macron gelungen, viele Unzufriedene in Frankreich einzusammeln, Veränderungs- und Aufbruchstimmung zu verbreiten und einen neuen Führungs- und Gestaltungswillen des Staates auszustrahlen.
- Es liegt Macron jedoch fern, den paternalistischen Wohlfahrtsstaat als Ursache für die französischen Probleme zu identifizieren und die Staatstätigkeit prinzipiell zurückzuschrauben.
- Und auch in der Europapolitik vertritt Emmanuel Macron einen konstruktivistischen Politikan-satz. Er möchte neue zentralistische EU-Institutionen gründen, um die Probleme der Europäi-schen Union zu lösen.

Emmanuel Macron ist neuer Präsident Frank-reichs. In seinem langen Wahlkampf seit Früh-jahr 2016 hatte er seine Wahlkampfstrategie konsequent am Paradoxon der französischen politischen Kultur ausgerichtet - mit Erfolg.

Einerseits neigt man in Frankreich zu aggressi-ven Massenprotesten und militantem Wider-stand gegen Reformvorhaben des Staates. Be-sitzstandwahrung gepaart mit einem hohen Mo-bilisierungsgrad treiben französische Regierun-gen oftmals in die Defensive. Dazu kommt, daß politische Streiks in Frankreich erlaubt sind. Andererseits wird in Frankreich über alle Partei-grenzen hinweg und in allen Bevölkerung-schichten der Primat der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft anerkannt und die Allzuständigkeit des Zentralstaates gefordert.

Die konstruktivistische Führungs- und Lenkungs-rolle des Staates führt zu einem gebrochenen Verhältnis zur Marktwirtschaft. Der dezentralen Lösung von Problemen und dem dezentralen evolutionären Wandel von Wirtschaft und Ge-sellschaft werden kaum Chancen gegeben.

Die Überforderung des Staates ist deshalb sys-tematisch vorprogrammiert. Der Staat soll es richten. Aber wenn er es richten und dabei Ver-krustungen und Besitzstände aufbrechen will, treiben ihn militante Proteste bis hin zu politi-schen Streiks in die Defensive. Polarisierung durch Problemverschleppung ist die Folge.

Und auch für Emmanuel Macron dürfte es nicht einfach werden, nach seinem langen Wahl-kampf, der noch bis zum zweiten Gang der



Wahlen zur Nationalversammlung am 18. Juni 2017 andauern wird, die Polarisierung durch Problemverschleppung zu beenden. Mit der Gründung seiner neuen Bewegung „En Marche“ ist es ihm zwar gelungen, viele Unzufriedene einzusammeln, Veränderungs- und Aufbruchstimmung zu verbreiten und einen neuen Führungs- und Gestaltungswillen des Staates auszustrahlen. Andererseits hat er aber auch den Eindruck vermittelt, nichts an der „Komfortzone“ der staatlichen Fürsorge und des Wohlfahrtsstaates ändern zu wollen, was wirklich wehtun könnte. Durch Reformen soll der französische Wohlfahrtsstaat effizienter werden. Den paternalistischen Wohlfahrtsstaat jedoch als Ursache für die französischen Probleme zu identifizieren und den Staat prinzipiell zurückzuschrauben, damit ein dezentraler evolutionärer Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft gelingen kann, liegt Macron fern. Und ganz unabhängig davon ist es fraglich, ob Macron zumindest erst einmal die notwendigen Mehrheiten für die von ihm versprochenen Effizienzreformen des französischen Wohlfahrtsstaates in der Nationalversammlung organisieren kann.

Auch in der Europapolitik vertritt Emmanuel Macron einen konstruktivistischen und zentralistischen Politikansatz. Er möchte neue zentralistische Institutionen gründen, um die europäischen Probleme und die Probleme der Europäischen Union zu lösen. Nicht ein Zurückschrauben des europäischen Zentralismus, der letztlich zum Brexit geführt hat, ist sein Programm, sondern ein weiterer Schub in Richtung Zentralisierung sowie monetärer und fiskalischer Planwirtschaft. So soll die EU einen massiv höheren Haushalt erhalten. Ein europäischer Finanzminister soll für die Eurozone eingesetzt werden. Die nationalen Staatsschulden möchte Macron europäisieren, also vergemeinschaften. Eurobonds sollen emittiert werden. Wie er mit diesem Programm weitere Austrittsbestrebun-

gen aus der EU verhindern will, bleibt sein Geheimnis. Im Grunde vertritt Macron mit diesen Forderungen eine Europapolitik der weiteren Spaltung der EU, in welcher die südlichen, romanischen Länder gegen den Norden stehen. Zudem ist es ein Politikansatz, mit dem unge löste nationale Probleme wie die Staatsverschuldung immer weiter auf die europäische Ebene verlagert werden sollen.

Ob der neue französische Präsident seine europapolitischen Vorstellungen wird umsetzen können, dürfte zum einen im nicht unwesentlichen Umfang vom Ausgang der Bundestagswahlen in Deutschland abhängen. Bleibt Angela Merkel Bundeskanzlerin, dürften neue EU-Institutionen und Eurobonds unwahrscheinlicher sein. Wahrscheinlich ist dann das bisherige konzeptlose europapolitische Durchwurschteln. Sollte jedoch Merkels Herausforderer Martin Schulz Bundeskanzler werden, sind neue EU-Institutionen, Eurobonds und ein weiterer Zentralisierungsschub in der EU naheliegend.

Zum anderen dürften die Erfolgsaussichten für Macrons Europapolitik vom Verlauf der Brexitverhandlungen mit Großbritannien beeinflusst werden. Allen Geschlossenheitsappellen zum Trotz werden in den laufenden Verhandlungen einzelne EU-Länder oder Ländergruppen schon lange gehegte Wünsche in der EU durchsetzen wollen und könnten ihre Zustimmung zu einem Austrittsabkommen mit Großbritannien von Bewegung in diesen Bereichen abhängig machen. Italien betreibt seit Jahren eine Europapolitik der Verschiebung nationaler Probleme auf die EU, was zur Zeit an seiner Bankenrettungspolitik besonders auffällig zu beobachten ist. Wie würde Deutschland reagieren, wenn Frankreich und Italien in einer strategisch für sie günstigen Situation ihre Zustimmung zu einem Brexit-Abkommen von der damit eigentlich sachfremden Frage der Einführung von Euro-



bonds abhängig machen? Würde eine deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel dann ein Brexit-Abkommen scheitern lassen?

Auf jeden Fall ist Emmanuel Macron kein Partner für EU-Reformen im Sinne von weniger Zentralismus und Planwirtschaft in Europa. Ungezwollt könnte Macron deshalb durch die Umsetzung seiner europapolitischen Vorstellungen eine weitere Polarisierung zwischen Süden und Norden innerhalb der EU hervorrufen und damit jenen destruktiven Kräften Auftrieb geben, welche die EU als solche bekämpfen oder aus ihr austreten wollen.

Die innen- und europapolitischen Realitäten und Minenfelder könnten Macron insgesamt schnell vom jungen Hoffnungsträger zum blockierten Reformen werden lassen. Es ist noch nicht lange her, daß in Italien ein junger Mann mit sozialliberalen Vorstellungen angetreten war, um den Wohlfahrtsstaat zu reformieren und verkrustete Elitestrukturen aufzubrechen. Emmanuel Macron könnte in Frankreich schnell die gleichen Erfahrungen des Scheiterns machen wie Matteo Renzi in Italien.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2017 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autoren* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 8. Mai 2017, 8:00 Uhr.